



Positionen

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte
Ausgabe April 2019

| | |
|---|-----------|
| Ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung organisierter krimineller Clanstrukturen in Berlin | 2 |
| „Eigentum verpflichtet“ durchsetzbar machen! | 4 |
| BER und TXL Alles hängt mit allem zusammen | 6 |
| Berliner Mitte – Positionen | 8 |
| Urheberrecht und Freiheit im Internet – warum wir beides verteidigen müssen | 10 |
| Braucht es einen Petitionsbeauftragten? | 12 |
| Wir brauchen einen gerechten Mindestlohn – Berlin muss vorangehen und den Landes- mindestlohn deutlich erhöhen | 14 |
| Unified – Ein Bericht und Ausblick auf die Special Olympics Sommerspiele | 16 |
| Ostergrüße der Berliner Mitte | 20 |

Ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung organisierter krimineller Clanstrukturen in Berlin

Spektakuläre und medienwirksame Straftaten durch kriminelle Angehörige meist arabischstämmiger Clans, Autorennen im öffentlichen Straßenland oder unzählige Ordnungswidrigkeiten ohne Schuldbewusstsein wirken sich negativ auf das Sicherheitsgefühl und Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung aus. Sie höhlen damit unseren Rechtsstaat aus.

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Begehung von Straftaten durch kriminelle Clans ist die in diesem Milieu vorherrschende Sozialstruktur – mit einem Wertesystem, das im klaren Widerspruch zu unserem Rechtsstaat steht und mit einer ethnischen Abschottung nach außen. Die Verfestigung solcher Strukturen dürfen wir nicht tolerieren oder gar akzeptieren. Deshalb ist ein starker Staat wichtig, der die geltenden Regeln durchsetzt, ausnahmslos und in allen Gegenden unserer Stadt, denn die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine wesentliche Kernaufgabe staatlichen Handelns.

Ich habe mich mit Senatoren verschiedener Ressorts auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt und einen 5-Punkte-Plan zur Bekämpfung von „Clankriminalität“ beschlossen. Der Plan sieht ein niedrigschwelliges Eingreifen und eine konsequente Verfolgung und Ahndung von Regelverstößen jeglicher Art im Umfeld der Organisierten Kriminalität vor.

Die Einziehung von Vermögen stellt einen weiteren Schwerpunkt dar. Diesbezüglich werden die rechtlichen Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung intensiviert. Außerdem wird die Zahl der steuerrechtlichen Gewerbe- und Finanzkontrollen gemeinsam mit der Polizei erhöht und der Informationsaustausch zur Verhinderung von Geldwäsche verbessert. Nur eine konsequente Anzeige von Steuerstraftaten und eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden können zu langfristigen Erfolgen führen. Ein weiterer Ansatz zur Bekämpfung krimineller „Clan-Strukturen“ ist, bereits den Einstieg in ein kriminelles Milieu zu verhindern und den Ausstieg aus diesen Strukturen zu ermöglichen. Hierzu werden wir ein ressortübergreifendes phänomenbezogenes Rahmenkonzept unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure erarbeitet.

Mit dem 5-Punkte-Plan wurde ein erster wichtiger Schritt zum ressortübergreifenden Vorgehen zur Bekämpfung organisierter krimineller Strukturen geschaffen. Diesen Weg werden wir gemeinsam und mit aller Konsequenz beschreiten. Wir werden viel Geduld und einen langen Atem benötigen, der über Jahre hinweg in gleicher Intensität anhalten muss.

Unsere Aufgabe ist es, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen politisch zu unterstützen und die Polizei personell und bei der Ausrüstung so auszustatten, dass sie handlungsfähig bleibt und dieser Herausforderung angemessen begegnen kann.

Ich bin mir sicher: Am Ende gewinnt unser Rechtsstaat und unsere freie demokratische Gesellschaft!

Andreas Geisel, MdA

Senator für Inneres und Sport Berlin

„Eigentum verpflichtet“ durchsetzbar machen!

Der Berliner Wohnungsmarkt ist außer Rand und Band. Die Mieten steigen Jahr für Jahr und die Angst wächst, sich das eigene Zuhause bald nicht mehr leisten zu können. In dieser Situation ist der Vorschlag, tausende Wohnungen großer Immobilienunternehmen zu enteignen und in kommunalen Besitz zu überführen, für viele ein Hoffnungsschimmer. Denn solange die Union auf Bundesebene eine soziale Reform des Mietrechts blockiert, ist kaum Entlastung für die gebeutelten Mieterinnen und Mieter zu erwarten. Weder unsere Berliner Mieten-Bundratsinitiative, noch die Forderung der Bundes-SPD nach einem Mietenstopp, ja nicht mal die zahllosen Proteste und Demonstrationen der Mieter-Initiativen haben an der Gleichgültigkeit der Union gegenüber den Mieterbelangen etwas ändern können. Würde die Union die Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch endlich umsetzen, würden die Geschäftspraktiken der Deutsche Wohnen mit einem Schlage illegal. Dies wird aber kaum passieren. Umso verwerflicher ist es da, dass der Begriff der Enteignung aus parteipolitischem Kalkül bewusst falsch verwendet wird. Enteignungen stünden im Widerspruch zum Grundgesetz, heißt es dann. Es ist die Rede von Verfassungsbruch und Willkür. Diese Aussagen sind nicht nur schlichtweg falsch, sie werden vor allem dem Ernst der Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht gerecht.

Dabei sind Enteignungen in unserem Grundgesetz, Artikel 14, fest verankert. Das Gesetz ist eindeutig: In unserem demokratischen Rechtsstaat heißt enteignen nicht einfach wegnehmen. Wer Enteignung sagt, meint eine Überführung in Gemeineigentum, für die eine Entschädigung zu zahlen ist; nicht mehr und nicht weniger. Ein Art Robin-Hood-Gesetz, mit dem wir den großen, börsennotierten Unternehmen mit ihren zweifelhaften Vermietungspraktiken die Wohnungen einfach abnehmen könnten, mag zwar für den einen oder die andere verlockend klingen; sie ist mit unserem Grundgesetz aber nicht vereinbar. Wir bedenken zudem, welche unbeabsichtigten Folgen Enteignungen haben können. Wir wissen aus Erfahrung: Börsennotierte Unternehmen planen beim Kauf von Wohnungen ihre „Exit-Strategie“; also die Strategie, wie sie die erworbenen Wohnungen in einigen Jahren weiterverkaufen, um die Gewinne an die Anleger auszuschütten. Wenn wir die Deutsche Wohnen für ihre mieterfeindlichen Praktiken mit einem „Enteignungskauf“ sogar belohnen, werden die Nachahmer nicht lange auf sich warten lassen. Das müssen wir durch entsprechende Gesetze verhindern.

Die Deutsche Wohnen erwirtschaftet ihre Rendite auf Kosten der Mieterinnen und Mieter und beschädigt dabei auch noch den Ruf der seriösen Privatinvestoren und Vermieter in der Stadt. Daher ist es richtig, den Bestand kommunaler Wohnungen auch mit Ankäufen von der Deutsche Wohnen zu erhöhen. Genauso wichtig wie Ankäufe sind der Wohnungsneubau und schärfere Gesetze, die das Handeln von Vermietern besser regulieren. Der SPD-Vorschlag für einen Berliner Mietendeckel ist ein erster Vorstoß für neue, landesrechtliche Regelungen im Mietenbereich. Aus diesem Grund prüfen wir ebenfalls ein eigenes Landesgesetz für die Wohnungswirtschaft, das das Vermietungswesen strenger reguliert und Kapitalflucht verhindert. Zudem wollen wir mit einem aktuellen SPD-Antrag einen Präzedenzfall für einen mieterfreundlicheren Mietspiegel schaffen. Solche Gesetzesvorhaben mögen in der öffentlichen Debatte weniger Schlagkraft haben als die Frage nach Enteignungen; gute Gesetze können die Wirkung kommunaler Ankäufe aber um ein Vielfaches verstärken und so die Preisspirale am Wohnungsmarkt nachhaltig durchbrechen. Und das ist dringend notwendig.

Iris Spranger, MdA

BER und TXL

Alles hängt mit allem zusammen

Seit dem Sommer 2018 beschäftigt sich der Untersuchungsausschuss BER II mit der Frage, warum die Eröffnung des BER seit der Absage vom Mai 2012 immer noch nicht erfolgt ist.

Unter den Zeugen erschienen die Sehenden (Amann und Mühlenfeld) und die Schaumschläger (Mehdorn und Schwarz), sowie die Bauleiter Körtgen und Marks.

Amann und Mühlenfeld waren diejenigen, die sich darum bemüht haben, die vielen tausend Probleme am Terminal 1 zu beseitigen. Schwarz tat so, als ob er mit der Baustelle nichts zu tun hatte und Mehdorn vertrat die Auffassung, man hätte den Flughafen längst eröffnen können. Körtgen erschien völlig überfordert und konnte sich an wenig erinnern, Marks war der Auffassung, dass die Mängel nie komplett zu beseitigen sind.

Bei der Absage des Eröffnungstermins von 2012 wurde die Grundentscheidung getroffen, anstelle eines kompletten Neustarts einen permanenten Reparaturbetrieb zu wählen. Ich hatte damals vorgeschlagen, einen kompletten Rückbau vorzunehmen bei dem nur noch der Rohbau stehen geblieben wäre und die gesamte komplizierte Entrauchungs- und Sprinkleranlage wieder ausgebaut worden wäre. Der heutige Geschäftsführer, Engelbert Lütke-Daldrup, hat mittlerweile die gleiche Auffassung, was aber nichts daran ändert, dass wir uns seit 2012 in einem permanenten Reparaturbetrieb mit offenem Ausgang befinden.

Die Eröffnung ist mittlerweile für den Herbst 2020 geplant. Ob dies tatsächlich passiert ist offen. Spätestens im Herbst 2019 muss der Termin als sicher angesehen werden, da sonst eine erneute Verschiebung droht. Der Eröffnungstermin Herbst 2020 war durch Lütke-Daldrup seriös gewählt, aber die Probleme an der Baustelle sind nicht wirklich kleiner geworden. Die großen Player an der Baustelle Siemens, Bosch, Caverion und ROM behaupten immer, der Flughafen sei zu 95 Prozent fertig, aber die Termine für die endgültige Baufertigstellung schieben sich immer weiter nach hinten. Bosch will aktuell mit den Brandmeldeanlagen im April 2019 fertig sein und die Firma ROM mit den Kabelproblemen kündigt eine Fertigstellung im Juli 2019 an. Damit ist die Baufertigstellung mittlerweile schon wieder 1 Jahr später vorgesehen, als bei Verkündung des neuen Eröffnungstermins geplant war. Erst wenn die Baufertigstellung erfolgt ist, können die Wirk-Prinzip-Prüfungen und das ORAT-Verfahren beginnen.

Eine besondere Rolle spielt bei dem Bauvorhaben der TUV, der die endgültigen Prüfungen erst nach der Baufertigstellung vornehmen kann. Die Prognose des TUV war in der Vergangenheit immer pessimistischer als die der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft. Am Ende muss dann das zuständige Amt in Brandenburg die Abnahmen vornehmen, damit der Flugbetrieb am BER aufgenommen werden kann.

Solange der BER nicht eröffnet ist, geht die unselige Tegel-Debatte weiter, obwohl jeder weiß, dass Tegel nach Eröffnung des BER weder rechtlich noch wirtschaftlich zu betreiben ist. Darüber hinaus haben die 300.000 Anwohnerinnen und Anwohner rund um den Flughafen Tegel einen Anspruch darauf, dass die Politik Wort hält und die unzumutbaren Lärm- und Umweltbelastungen ein Ende haben.

Der UA BER II hat sowohl den BER als auch TXL besichtigt. Wir konnten alle sehen wie groß der neue Flughafen ist und es dort, entgegen den Aussagen der Opposition, kein Kapazitätsproblem gibt.

Am TXL werden heute 21 Millionen Passagiere auf einem Flughafen abgefertigt, der nur für 8 Millionen Passagiere ausgelegt ist. Warum dies am neuen BER nicht möglich sein soll, insbesondere wenn zur Eröffnung des BER auch noch das Terminal 2 zur Verfügung stehen wird, bleibt eine absurde Debatte der Opposition. Auch die Verkehrsanbindung wird am BER viel besser sein als in Tegel, wo es nur eine kleine Stichstraße gibt, aber keinen Bahnanschluss.

Da die FDP aber nur dieses eine Thema hat, wird es bis zur Eröffnung des BER immer weiter bespielt werden.

Wenn der TXL endlich geschlossen werden kann, entstehen auf 480 ha neue Chancen für Berlin, aber auch für den Bezirk Reinickendorf. Hier werden bis zu 9.000 Wohnungen gebaut werden, davon vor allem ein großer Teil zu bezahlbaren Preisen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Darüber hinaus wird ein Forschungs- und Technologie-Park entstehen mit ca. 20.000 Arbeitsplätzen und die Beuth-Hochschule erhält einen dringend benötigten 2. Campus. Weitere Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Schulen und Kitas kommen hinzu.

Die Koalition und insbesondere unsere Fraktion ist in dieser Frage klar und überzeugend positioniert, aber wie gesagt, alles hängt mit allem zusammen und ob es diesmal klappt mit dem Eröffnungstermin des BER bleibt offen, aber für die Stadt wäre eine erfolgreiche Eröffnung des BER und die Schließung von TXL der positive Abschluss einer endlosen Geschichte.

Jörg Stroedter, MdA

Berliner Mitte – Positionen

Bildungsausgaben erhöhen, Familien entlasten:

- Berlin ist Spitzenreiter in Deutschland bei den Bildungsausgaben. In den letzten zehn Jahren haben wir unseren Bildungsetat um 40 Prozent erhöht. Pro Jahr investieren wir pro Kopf 8.900 EUR in jede Schülerin und in jeden Schüler. In keinem anderen Bundesland liegen die Pro-Kopf-Ausgaben für Schule höher als in Berlin.
- Das Schülerticket für Busse und Bahnen wird gratis. Ab August 2019 kostet der Schulhort für die erste und zweite Klasse nichts mehr. Wir haben das Büchergeld für die Klassenstufen 1 bis 6 abgeschafft. Auch das Schulesen ist für die ersten sechs Klassen kostenfrei. Durch diese Maßnahmen entlasten wir eine Familie mit zwei Grundschulkindern um 120 EUR pro Monat. Das sind 1.440 EUR im Jahr, die Familien mehr in der Tasche haben. Das ist eine direkte und zielgerichtete Entlastung für die Familien in Berlin.

Wir machen Politik für höhere Löhne:

- Mit dem Tarifabschluss 2019 für den öffentlichen Dienst erhöhen wir die Löhne um 8 Prozent. Die unteren Lohngruppen profitieren besonders stark: Mit einer garantierten Steigerung um mindestens 240 EUR stellen wir sicher, dass dieser Lohnabschluss im Portmonee aller Beschäftigten ankommt.
- Den Tarifabschluss übertragen wir auf die Beamtinnen und Beamten zuzüglich eines Zuschlags von 1,1 Prozentpunkten pro Jahr. Damit schließen wir bis 2021 auf das Niveau der anderen Bundesländer auf.
- Kita-Erzieherinnen und -Erzieher in Berlin erhalten in Zukunft genauso viel Geld wie in unserem Nachbarland Brandenburg. Sie werden künftig nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt. Das bedeutet eine Gehaltssteigerung von bis zu 580 EUR im Monat. Dieses Ergebnis übertragen wir auch auf die Kitas in freier Trägerschaft, damit alle Erzieherinnen und Erzieher in Berlin profitieren.
- Wir schaffen die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst sowie in den landeseigenen Unternehmen ab. So geben wir den Menschen in Berlin und ihren Familien finanzielle und berufliche Sicherheit und mehr Planbarkeit im Leben.

Wir kümmern uns um zukunftsfähige, nachhaltige Arbeitsplätze:

- Die Firma Stadler baut die neuen U-Bahn-Züge für Berlin, und zwar in Pankow! Die neue U-Bahn-Reihe wurde von Stadler in Wilhelmsruh geplant, konstruiert und wird hier hergestellt. Hierzu baut Stadler in Wilhelmsruh eine neue Produktionshalle und investiert hierfür 70 Millionen EUR. Diese Investitionen ein klares Bekenntnis zum Standort Berlin. Mit 1.300 Beschäftigten ist Stadler einer der größten Industriearbeitgeber in Berlin. Auch in Zukunft setzen wir unseren Schwerpunkt darauf, gut bezahlte, nachhaltige Industriearbeitsplätze zu sichern und auszuweiten.

Mit voller Kraft voraus:

- Mit den Berliner Stadtwerken haben wir einen eigenen kommunalen Energieversorger ins Leben gerufen. Mit diesem neuen Landesunternehmen versorgen wir die Berliner Haushalte mit grünem Strom. Außerdem investieren die Stadtwerke in den Ausbau erneuerbarer Energien und unterstützen das Land Berlin dabei, seine Klimaziele zu erreichen. Die Erfolgsgeschichte der kommunalen Stadtwerke in Deutschland möchten wir auch in Berlin mit einem eigenen Versorger fortschreiben.
- Das Stromnetz gehört in die öffentliche Hand! Deshalb rekommunalisieren wir das Stromnetz. Mit der Vergabe der Stromkonzession an das Landesunternehmen „Berlin Energie“ stärken wir die Daseinsvorsorge in Berlin. Der Senat hat „Berlin Energie“ Anfang März 2019 den Zuschlag erteilt.

Wir sorgen für bessere Verbindungen ins Umland:

- Wir nehmen die Heidekrautbahn ab 2023 wieder in Betrieb. Die Niederbarnimer Eisenbahn (NEB) verkehrt in vier Jahren wieder auf ihrer historischen Stammstrecke durch das Mühlenbecker Land. Vorgesehen ist ein halbstündiger Takt über die Stammstrecke von Wilhelmsruh nach Basdorf (ab 2023) und darüber hinaus bis Klosterfelde und Berlin-Gesundbrunnen (ab 2028/2030).

Torsten Hofer, MdA

Urheberrecht und Freiheit im Internet – warum wir beides verteidigen müssen

Nach Wochen der Diskussion sind sich plötzlich fast alle einig: Uploadfilter schränken die Freiheit des Einzelnen und der Künstlerinnen und Künstler im Internet unverhältnismäßig ein. Nach und nach erklären sich immer mehr Kreis- und Landesverbände der SPD zu Gegnern der Uploadfilter – so auch die SPD Berlin. Inzwischen hat sich sogar eine Initiative von Fachpolitikern und dem Generalsekretär der CDU gegen Uploadfilter gewandt. Wenn tausende Bürgerinnen und Bürger gegen Uploadfilter demonstrieren, Debatten innerhalb der SPD emotional werden und sich sogar die Partei des Autors der aktuellen Urheberrechtsnovellierung gegen die derzeitige Version wendet, dann müssen wir die politische Brisanz des Themas anerkennen und eine konstruktive Lösung finden.

Uploadfilter gefährden Meinungs- und Kunstfreiheit sowie freien Wettbewerb: Uploadfilter sollen das Hochladen urheberrechtlich geschützter Inhalte auf Plattformen im Internet verhindern. Nachdem bereits der Koalitionsvertrag auf Bundesebene Uploadfilter abgelehnt hat, werden im Rahmen der aktuellen Debatte immer mehr Gründe genannt, warum Uploadfilter keine gute Lösung für das Problem sind. Ich werde mich auf einen einzigen aber gewichtigen Grund beschränken. Durch die technische Komplexität werden die meisten europäischen Unternehmen Uploadfilter von US-amerikanischen und chinesischen Großkonzernen wie Facebook, Google oder Tencent kaufen müssen. Die Konsequenz wäre eine weitere Konzentrierung von Marktmacht durch das Schaffen einer technischen Möglichkeit, Inhalte nach dem Belieben privatwirtschaftlicher Unternehmen zu filtern. Welche Rolle dabei Meinungs- und Kunstfreiheit gegenüber der Sicherung der eigenen Marktmacht spielen bleibt fraglich.

Warum wir die Urheber nicht vergessen dürfen: Wenngleich das Instrument des Uploadfilters mindestens kontrovers ist, bleibt das Ziel der Novellierung richtig und wichtig. Bislang kommen die großen Plattformen ihren Pflichten im Rahmen des Urheberrechts nicht nach. Es ist Zeit, das Urheberrecht auch im Internet konsequent durchzusetzen. Konstruktiv sind deshalb Vorschläge die beides erreichen wollen, die Gewährleistung von Urheberrecht und Freiheit im Internet. So schlägt Tiemo Wöklen, Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD) vor, Plattformen zu Lizenzvereinbarungen mit Urheberinnen und Urhebern oder Verwertungsgesellschaften zu verpflichten. Statt beim Upload zu filtern, müssten die

Plattformen dann im Nachhinein einen festgelegten Betrag an eine Verwertungsgesellschaft zahlen, solange es keine direkte Lizenzvereinbarung mit den Inhaberinnen und Inhabern der Urheberrechte gibt. Die Verwertungsgesellschaften verteilen die Einnahmen dann weiter an die Urheberinnen und Urheber.

Eine europäische Lösung, keine nationale: Nach einem jähen Sinneswandel findet die CDU, die Partei des Autors von Artikel 13, nun ebenfalls Gefallen an der Idee, Uploadfilter durch Lizenzvereinbarungen und Verwertungsgesellschaften zu ersetzen. Dabei wollen sie die Urheberrichtlinie erst einmal wie gehabt mit Artikel 13 auf europäischer Ebene annehmen und anschließend den Uploadfilter auf nationaler Ebene verhindern. Dieses Vorgehen entspricht zum einen nicht unseren Werten als Europäerinnen und Europäer und ist zum anderen auch in dieser Form nicht sinnvoll. Das Internet kann nicht national geregelt werden. Plattformregulierung muss, wann immer möglich, europäisch sein.

Abschließend noch einen Appell an alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in dieser Frage: Anstatt an fixen Positionen festzuhalten, brauchen wir eine pragmatische Lösung, die unseren gemeinsamen Zielen entspricht: Gewährleistung von Meinungs- und Kunstfreiheit, fairer Wettbewerb, Urheberrecht und europäische Zusammenarbeit.

Karin Halsch, MdB

Braucht es einen Petitionsbeauftragten?

Das Land Berlin soll einen „Bürger- und Polizeibeauftragten“ bekommen und spätestens Anfang 2020 seine Arbeit aufnehmen - so sieht es jedenfalls ein aktueller Gesetzentwurf vor. Vorbild sei angeblich der Beauftragte in Rheinland-Pfalz. Auch Länder wie Thüringen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder Baden-Württemberg hätten bereits Erfahrungen mit ähnlich gelagerten Ombudsmännern gemacht. In Österreich gebe es als Pendant sogenannte Volksanwälte.

Was soll der Bürger- und Polizeibeauftragte machen?

Laut Gesetzentwurf (§ 1 Abs. 1) hat „Der oder die Berliner Bürger- und Polizeibeauftragte [...] als Bürgerbeauftragter oder Bürgerbeauftragte die Aufgabe, im Rahmen des parlamentarischen Kontrollrechts des Abgeordnetenhauses die Stellung des Bürgers oder der Bürgerin im Verkehr mit den Behörden zu stärken. Er oder sie unterstützt dabei die Arbeit des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses.“

In Absatz 2 heißt es weiter „Der oder die Berliner Bürger- und Polizeibeauftragte hat als Polizeibeauftragter oder Polizeibeauftragte die Aufgabe, das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Polizei zu stärken. Er oder sie unterstützt die Bürger im Dialog mit der Polizei und wirkt darauf hin, dass begründeten Beschwerden abgeholfen wird. Ihm oder ihr obliegt auch die Befassung mit Vorgängen aus dem innerpolizeilichen Bereich, die an ihn oder sie im Rahmen einer Eingabe oder durch sonstige Hinweise herangetragen werden. Der oder die Polizeibeauftragte nimmt seine oder ihre Aufgabe als Hilfsorgan des Abgeordnetenhauses bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle wahr.“

Was macht eigentlich der Petitionsausschuss?

Der Petitionsausschuss ist der zentrale Ansprechpartner im Abgeordnetenhaus von Berlin, wenn es Bürgerinnen und Bürgern darum geht, Hilfe in Behördenangelegenheiten zu erhalten, auf Missstände aufmerksam zu machen oder eigene Vorstellungen in die parlamentarische Diskussion einzubringen. Entscheidungen von Behörden des Landes Berlin können falsch sein, weil sie nicht mit dem geltenden Recht im Einklang stehen oder weil sie die Interessen der Betroffenen nicht gebührend berücksichtigen. In all diesen Fällen hat jede Person – unabhängig von ihrem Alter, ihrem Wohnort und ihrer Staatsangehörigkeit – das Recht, sich an den Petitionsausschuss zu wenden.

Der Petitionsausschuss besteht aus zwölf Mitgliedern. Ihm gehören Abgeordnete aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses an.

Viele Berlinerinnen und Berliner schreiben an den Ausschuss, weil sie zum Beispiel Ärger mit dem Jobcenter haben, auf einen Termin beim Standesamt zu lange warten müssen, sich von Polizei oder Staatsanwaltschaft ungerecht behandelt fühlen, Maßnahmen gegen Lärm fordern oder sich für schulische Belange einsetzen.

Eine Petition einzureichen ist denkbar einfach: Ein unterzeichnetes Schreiben, aus dem Absender und Anliegen erkennbar sind, genügt.

Fazit:

Es bedarf also keinen „Bürgerbeauftragten“ (gem. § 1 Abs. 1), der die gute Arbeit des Petitionsausschusses überwacht und somit eher ein „Petitionsbeauftragter“ wäre. Hierfür reichen die bisherigen Instrumente des Petitionsausschuss voll aus.

Einen „Polizeibeauftragter“ (gem. § 1 Abs. 2), an den sich Bürgerinnen und Bürger wenden können, wenn sie Probleme mit der Berliner Polizei haben um „das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Polizei zu stärken“, macht jedoch durchaus Sinn und ist deshalb zu befürworten.

Robert Schaddach, MdA

Wir brauchen einen gerechten Mindestlohn - Berlin muss vorangehen und den Landesmindestlohn deutlich erhöhen

Die Einführung des Mindestlohns war überfällig. Nachdem die SPD zusammen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren den Kampf gegen die Unionsparteien gewonnen hatte, konnte endlich auch deutschlandweit ein einheitlicher Mindestlohn eingeführt werden. Für viele Menschen bedeutete dies eine spürbare Verbesserung. Uns war jedoch auch immer klar, dass die Höhe des Mindestlohns zu niedrig ist, um die Arbeitsleistungen vieler Menschen auch im Alter durch eine angemessene Rente zu sichern. Es ist hochgradig ungerecht, wenn Menschen die 45 Jahre lang für den Mindestlohn gearbeitet haben, am Ende ihres Arbeitslebens eine Rente erhalten, die unterhalb der Grundsicherung liegt. Fakt ist: Der aktuelle Mindestlohn liegt bei 9,19 Euro und sichert keine auskömmliche Rente.

Die Einführung des Mindestlohns ist eine Erfolgsgeschichte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat erst vor kurzem durch eine Untersuchung erneut belegt, dass der Mindestlohn nicht nur die unteren Einkommensgruppen gestärkt hat. Der Mindestlohn hat dafür gesorgt, dass ein Druck von Unten entstanden ist und Löhne und Tarife sich deutlich erhöht haben. Die von Angstmachern in der Wirtschaft angekündigten Jobverluste sind nie Wirklichkeit geworden. Im Gegenteil wirkt sich ein besserer Lohn für viele Menschen auch erheblich auf die Kaufkraft aus und belebt die Wirtschaft. Die einstigen Ängste halten aber noch immer dafür her, wenn es darum geht wirklich gerechte Mindestlöhne zu erreichen.

Wir in Berlin sind waren bisher stets weiter als der Bund. Bereits 2013 führten wir einen Landesmindestlohn ein und setzten so ein starkes Signal für eine linke Politik. Der Landesmindestlohn liegt aktuell bei 9 Euro und damit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns. Seit Monaten warten wir darauf, dass die Senatswirtschaftsverwaltung aus dem Knick kommt und den Vergabemindestlohn im Rahmen der Nivellierung des Vergabegesetzes erhöht - damit würde auch eine Erhöhung des Landesmindestlohns einhergehen - oder eine Verordnung erlässt und die Erhöhung des Mindestlohns unabhängig von der langwierigen Überarbeitung des Gesetzes vornimmt. Die SPD Berlin steht dafür, dass Berlin ein Vorbild und Vorreiter bleibt. Es ist beschämend, dass die grüne Senatswirtschaftsverwaltung dies torpediert.

Wir wollen nicht irgendeine Erhöhung des Mindestlohns. Wir wollen, dass dieser vor Altersarmut schützt. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter von seiner Rente leben

können. Deshalb muss der Mindestlohn erhöht werden. In Berlin wollen wir bis zum Ende der Wahlperiode einen Landesmindestlohn von aktuell 12,63 Euro erreichen. Dies ist der Wert bei der Menschen nach 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung, wohlgemerkt bei einer Vollzeitbeschäftigung, eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus erreichen. Nichts anderes kann unser Anspruch sein. Im ersten Schritt muss der Landesmindestlohn auf 11,30 Euro erhöht werden.

Es ist müßig und unanständig, dass wir seit Jahren darüber streiten, ob und um wie viel wir den Mindestlohn erhöhen. Diese Debatten um die Höhe des Mindestlohns helfen den Menschen nicht, welche jetzt für diesen Lohn arbeiten und im Alter trotzdem keine gute Rente erhalten. Eine Erhöhung auf einen Betrag der ein vernünftiges Leben zulässt, sollte nicht zur Debatte stehen. Unabhängig von Parteizugehörigkeit, sollte es doch einen Konsens geben, dass Menschen die 45 Jahre lang gearbeitet haben eine gerechte Rente erhalten. Diese Gerechtigkeit ist momentan nicht gegeben und unser aller Ziel sollte es sein diese Gerechtigkeit endlich herzustellen. Wir halten den Streit und die immer gleichen Debatten für unanständig. Es gibt eine klare Untergrenze für einen Mindestlohn, welcher auch im Alter ein auskömmliches Leben garantiert, und diese ist bei 12,63 Euro. Hierfür kämpfen wir.

Lars Düsterhöft, MdA

Unified – Ein Bericht und Ausblick auf die Special Olympics Sommerspiele

Meine erste Dienstreise als Staatssekretär für Sport führte mich nach Kiel, wo am 14. und 15. Mai 2018 die Deutschen Special Olympics Sommerspiele stattfanden. Dort angekommen, war ich gleich Feuer und Flamme für die Menschen, die trotz zum Teil mehrfacher und geistiger Behinderungen ihr Bestes gaben und in ihren Aktivitäten einen imponierenden Lebensmut schöpften, der uns allen Vorbild sein sollte. Ich erinnere mich im Besonderen an die Eröffnungsfeier, in der auch Sportlerinnen und Sportler moderierten – eine Eröffnungsfeier mit ganz besonderem Flair und bester Stimmung.

Seit dieser Erfahrung begleitet mich die Bewegung der Special Olympics, gegründet im Jahr 1968 durch Eunice Kennedy-Shriver, einer Schwester des US-Präsidenten John F. Kennedy. Heute zählt die Bewegung nahezu 5 Millionen Athletinnen und Athleten in 170 Ländern. Sie ist die weltweit größte vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) offiziell anerkannte Sportbewegung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung.

Special Olympics hat sich dabei zur Mission gemacht, Menschen mit geistiger Behinderung durch Sport zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft zu verhelfen. Damit unterscheidet sich die Idee ein Stück weit von der der paralympischen Bewegung, die inzwischen einen immer stärker werdenden sportlichen Leistungs- und Wettkampfgedanken beinhaltet. Nichts destotrotz hat auch die PARA EM der Leichtathletik im vergangenen Sommer einen ganz besonderen Zauber in der Sportmetropole entfacht, der bis heute gesellschaftlich nachwirkt.

Umso mehr war und ist es mir eine Freude, dass Berlin der Ausrichter der World Summer Games 2023 sein wird. Unter dem Motto „Unified“ erwarten wir 9 spannende Wettkampftage mit geschätzt 500.000 Zuschauern. Etwa 20.000 Volunteers werden die 7.000 Athletinnen und Athleten in den 25 Sportarten betreuen. Dabei finden sich neben bekannten olympischen Sportarten wie Basketball, Fußball, Turnen, Leichtathletik und Schwimmen hier z.B. auch Boccia, Bowling, Kraftdreikampf und Softball im Programm wieder. Mit diesem Multisportevent ganz anderer Prägung werden wir die Berlinerinnen und Berliner einladen, die Mauern zwischen den Nationen und die Barrieren in den Köpfen zu überwinden und selbst Teil der „Unified Revolution“ zu werden. Denn das ist, was Sport eigentlich ausmacht: Gemeinsamkeit und

Verbindung von Menschen, die sonst nicht zusammenkämen. Deshalb betrachten wir Sport als Klammer unserer Gesellschaft.

Ich bin daher stolz und freue mich, dass sich die Rot-Rot-Grüne Koalition das Thema der Inklusivität auf die Fahnen geschrieben hat. Eine inklusive Gesellschaft muss aber auch praktisch und tagtäglich gelebt werden. Hierzu brauchen wir sicht- und erfahrbare Projekte.

Ein solch besonderes Leuchtturmprojekt finden wir im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark: Das Große Stadion, auch als „Cantianstadion“ bekannt, einst auf Wunsch von Erich Mielke ohne Einhaltung nennenswerter Bauvorschriften errichtet, soll zu einer barrierefreien und inklusiven Sportarena umgewandelt werden. Hierfür ist ein Abriss des bestehenden Gebäudekomplexes und ein Ersatzneubau erforderlich. Möglichst bis 2023 soll die Sportstätte dann für die Special Olympics zur Verfügung stehen. Was bedeutet das konkret? Es sind nicht nur barrierefreie Zugänge und Wegeverbindungen für verschieden gehandicapte Menschen erforderlich. Alle Wegebezeichnungen müssen mit leicht verständlichen Piktogrammen und Erläuterungen in „Einfacher Sprache“ versehen sein. Dies betrifft Übersichtskarten, Stadtpläne, den ÖPNV, etc.

Anhand dieser wenigen Merkmale wird bereits deutlich, welche komplexen Herausforderungen sich in der konkreten Planung wieder finden und gelöst werden müssen. Während bei den diesjährigen Sommerspielen in Abu Dhabi vieles auf freier Fläche geplant und realisiert werden konnte, nutzen wir vorhandene Strukturen: Neben dem Jahn-Sportpark stehen mehr als ein Dutzend Austragungsorte in ganz Berlin zur Verfügung, darunter die Messe Berlin, der Olympiapark, das Strandbad Wannsee, die Straße des 17. Juni, u.v.m. Diese und die An- und Abfahrtwege werden wir bis dahin inklusiv gestalten. Hier müssen wir allerdings auch mit den begrenzten Flächen und unter den Bedingungen der wachsenden Stadt und verschiedenen Zielkonflikten (u.a. den Denkmalschutz betreffend) zu Recht kommen. Das macht die Herausforderung doppelt so groß.

Aber inklusives Leben heißt, Herausforderungen anzunehmen und Grenzen zu überwinden. Deshalb haben sich Land und Bund gemeinsam darauf verständigt, die veranschlagten Kosten für die Ausrichtung eines solchen Großevents erstmalig zu teilen. So wird sich das Land Berlin mit ca. 40 Mio. Euro an der Finanzierung der Special Olympics 2023 beteiligen. Etwa 11 Mio. Euro trägt Special Olympics International. Beim Host Town Programm werden alle

Nationen für vier Tage in Städten und Gemeinden in ganz Deutschland willkommen heißen. Die Athletinnen und Athleten lernen so das Gastgeberland kennen und nutzen die Zeit zur Akklimatisierung und Wettkampfvorbereitung. Das Ziel heißt: 180 Nationen – 180 inklusive Kommunen. Begleitet werden die Spiele außerdem durch ein Kulturprogramm, vielseitig, bunt, für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Kunst, Fotografie, Musik, Theater, Film und Tanz. Im Rahmen bundesweiter Schul- und Fanprojekte werden Kinder und Jugendliche aller Altersklassen angesprochen, Schulprojekte zu initiieren, Patenschaften zu übernehmen und sich selbst an den Mitmachangeboten zu beteiligen.

Bei unserem Besuch in Abu Dhabi wurde unserer Delegation die immense Bedeutung noch einmal deutlich: Nicht nur, weil erhebliche finanzielle Mittel in die Infrastruktur und die Sportstätten investiert wurden, um einmal mehr unter Beweis zu stellen, dass sportliche Großevents auch in der Wüste funktionieren, sondern vor allem, weil ein solches Multi-sportevent eben einen ganz besonderen Mehrwert für die Gesamtgesellschaft haben kann.

In Abu Dhabi konnten wir persönlich erleben und in Gesprächen hinterfragen, welchen Mehrwert die Veranstaltung für die Veränderung der Gesellschaft hin zu einer akzeptierenden, inklusiven Gesellschaft leisten kann. Berlin, die SPD, hat nun 4 Jahre Zeit sich auf die Weltspiele vorzubereiten. Lasst und diese großartige Veranstaltung nutzen, unsere Forderungen für Inklusion und Integration im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiter voranzutreiben. Wer den Gedanken der inklusiven Gesellschaft mit Leben füllen will, der muss für Special Olympics sein!

Ich empfehle in diesem Sommer den Besuch der Internationalen Deutschen Meisterschaften im Schwimmen (PARA) vom 6.-9.6.2019 und die Rollstuhltennis-Open vom 3.-7.7.2019.

Aleksander Dzembritzki
Staatssekretärs für Sport



Ostergrüße der Berliner Mitte



wünschen Ihnen die Abgeordneten der Berliner Mitte:

Lars Düsterhöft, Mda

Andreas Geisel, Mda und Senator für Inneres und Sport Berlin

Karin Halsch, Mda

Torsten Hofer, Mda

Joschka Langenbrinck, Mda

Robert Schaddach, Mda

Tom Schreiber, Mda

Iris Spranger, Mda

Jörg Stroedter, Mda

sowie Aleksander Dzembritzki, Staatssekretärs für Sport